

	<p><b>SuedOstLink</b> - BBPIG Vorhaben Nr. 5 und Nr. 5a -</p>	
	<p><b>Abschnitt A1</b> Sachsen-Anhalt Nord</p> <p><b>Unterlagen</b> gemäß § 21 NABEG</p>	<p>Das Vorhaben Nr.5 im SuedOstLink ist von der Europäischen Union gefördert; sie haftet nicht für die Inhalte.</p>  <p>Kofinanziert von der Fazilität „Connecting Europe“ der Europäischen Union</p>
<p style="text-align: center;"><b>Teil A1.3 Erläuterungsbericht zum Deckblatt I</b> <b>DECKBLATT I</b></p>		
<p>Festgestellt nach § 24 NABEG</p> <p>Bonn, den</p>		

Ersteller: INGE BM SOL / FUGRO

Dok.: SOL\_50H\_A1\_21000\_ELB\_0001\_Erlaeuterungsbericht\_01\_F

## Inhaltsverzeichnis

<b>Tabellenverzeichnis.....</b>	<b>3</b>
<b>Abbildungsverzeichnis .....</b>	<b>4</b>
<b>Anlagen.....</b>	<b>5</b>
<b>1 Einleitung.....</b>	<b>7</b>
1.1 SuedOstLink.....	7
1.2 Einordnung der Unterlage .....	7
1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments .....	7
<b>2 Genehmigungsrechtliche Einordnung .....</b>	<b>8</b>
2.1 Vorausgegangene Planungsschritte .....	8
2.1.1 Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG .....	8
2.1.2 Überprüfung der Vollständigkeit gemäß § 21 Absatz 5 NABEG .....	8
2.1.3 Ablauf und Ergebnis des Verfahrens nach § 22 Absätze 2 bis 4 NABEG .....	8
2.1.4 Ablauf und Ergebnis der Erörterungstermine nach § 22 Absatz 6 NABEG .....	8
2.2 Rechtliche Grundlagen.....	8
<b>3 Beschreibung der geänderten Planungen .....</b>	<b>9</b>
3.1 Veranlassung .....	9
3.1.1 Änderung Wegekonzzept.....	9
3.1.2 Kabelbezogene Änderungen.....	9
3.1.3 Rechtserwerbsplan / Rechtserwerbsverzeichnis .....	9
3.2 Kennzeichnung .....	9
3.3 Planungsänderungen .....	9
3.3.1 Änderung Wegekonzzept.....	9
3.3.2 Kabelbezogene Änderungen.....	10
3.3.3 Freileitung.....	11
3.3.4 Umweltauswirkungen der Änderungen .....	11
3.3.5 LBP Maßnahmenblätter .....	12
<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>13</b>

## Tabellenverzeichnis

Nicht vorhanden

## Abbildungsverzeichnis

Nicht vorhanden

## Anlagen

Nicht vorhanden

*In diesem Dokument wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit das generische Maskulinum verwendet. Weibliche und anderweitige Geschlechteridentitäten werden dabei ausdrücklich mitgemeint, soweit es für die Aussage erforderlich ist.*

## **1 Einleitung**

### **1.1 SuedOstLink**

Der SuedOstLink ist ein Netzausbauprojekt des Stromübertragungsnetzes. Es besteht aus den Vorhaben Nr. 5 sowie dem Vorhaben Nr. 5a (südlicher Teil) gemäß Bundesbedarfsplangesetz (BBPIG). Beide Vorhaben sind Leitungen zur Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung und werden mit einem Erdkabelvorrang geplant.

Das Vorhaben Nr. 5 verläuft von Wolmirstedt bei Magdeburg in Sachsen-Anhalt bis Isar in Bayern. Das Vorhaben Nr. 5a ist eine Verbindung vom Netzverknüpfungspunkt Klein Rogahn/Stralendorf/Warsow/Holthusen/Schossin bis Isar in Bayern. Vom Landkreis Börde bis Isar erfolgt in räumlicher Nähe eine gemeinsame Verlegung beider Vorhaben.

SuedOstLink besteht aus den Vorhaben Nr. 5 und Nr. 5a (südlicher Teil) BBPI, für die jeweils eigene Anträge auf Planfeststellungsbeschluss gemäß § 19 Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) gestellt wurden. Die Vorhabenträger haben gemäß § 26 Satz 2 NABEG eine einheitliche Entscheidung in den Planfeststellungsverfahren gemäß § 24 NABEG für die Abschnitte der beiden genannten Vorhaben zwischen dem Landkreis Börde und Isar beantragt. Die vorliegenden Unterlagen umfassen daher die Vorhaben Nr. 5 sowie Nr. 5a. Für den nördlichen Bereich des Vorhabens Nr. 5a erfolgt ein eigenes Bundesfachplanungs- und Planfeststellungsverfahren. Der südliche Bereich des SuedOstLink (Landkreis Börde bis Isar) umfasst neun Planfeststellungsabschnitte.

Das Vorhaben Nr. 5 beinhaltet die Herstellung einer Kabelanlage mit einem Kabelsystem, bestehend aus zwei Erdkabeln mit einer Leistung von 2 Gigawatt (GW) und Nebenbauwerken sowie einer zusätzlichen für den Betrieb notwendigen Anlage, der Konverterstation. Nebenbauwerke sind die Kabelabschnittsstationen (KAS), Kabelübergangsstationen (KÜS) und die Kabelmonitoringstationen (KMS) sowie Oberflurschränke. Die Verlegung der Gleichspannungskabel erfolgt in Kabelschutzrohren (KSR). In Abschnitt A1 erfolgt in geringem Umfang auch eine Umsetzung als Freileitung mit den zugehörigen Anlagenteilen wie z. B. Freileitungsmasten.

Im Rahmen des Vorhabens Nr. 5a erfolgt zur Erweiterung der Übertragungsleistung um weitere 2 GW (insgesamt 4 GW) die Verlegung einer zusätzlichen Kabelanlage mit einem Kabelsystem. Sie besteht ebenfalls aus zwei Erdkabeln, verlegt in Kabelschutzrohren, sowie der erforderlichen Konverterstation und den bereits beschriebenen Nebenbauwerken. Im Bereich vom Landkreis Börde bis Isar, in dem in räumlicher Nähe verlegt wird, erfolgt ein zeitnahe Tiefbau und Kabelzug.

Für weitergehende Informationen zu SuedOstLink und zum Planfeststellungsverfahren wird auf die Kapitel 1ff im Teil A1 Erläuterungsbericht der Unterlagen gemäß § 21 NABEG verwiesen.

### **1.2 Einordnung der Unterlage**

Das vorliegende Dokument „Erläuterungsbericht zum Deckblatt I“ ist Bestandteil der geänderten Unterlagen gemäß § 22 Absatz 7 NABEG bzw. § 73 Absatz 8 VwVfG und §22 UVPG für SuedOstLink im Planfeststellungsabschnitt A1.

### **1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments**

Gegenstand des vorliegenden Dokumentes ist eine Beschreibung der zwischenzeitlich vorgenommen Planänderungen, die unter dem Deckblatt I zusammengefasst werden.

## **2 Genehmigungsgesetzliche Einordnung**

### **2.1 Vorausgegangene Planungsschritte**

#### **2.1.1 Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG**

Der VHT hat den Plan und die Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG zum Planfeststellungsabschnitt A1 am 30.11.2023 bei der Bundesnetzagentur (BNetzA) eingereicht.

#### **2.1.2 Überprüfung der Vollständigkeit gemäß § 21 Absatz 5 NABEG**

Die BNetzA hat die Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen gemäß § 21 NABEG geprüft und die Vollständigkeit am 02.01.2024 gegenüber dem VHT bestätigt.

#### **2.1.3 Ablauf und Ergebnis des Verfahrens nach § 22 Absätze 2 bis 4 NABEG**

Die BNetzA hat nach Bestätigung der Vollständigkeit die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) und der Öffentlichkeit vorbereitet. Die Unterlagen wurden den TÖB in digitaler Form jeweils auf einem Datenträger am 12.01.2024 zugesandt. Die TÖB wurden zugleich gemäß § 22 Absatz 2 NABEG zur Stellungnahme aufgefordert. Für die Rückmeldung der Stellungnahmen der TÖB an die BNetzA wurde eine Frist bis zum 21.03.2024 gesetzt. Einzelnen Trägern öffentlicher Belange wurde auf Antrag eine maximale Fristverlängerung bis zum 09.04.2024 gewährt.

Die BNetzA hat weiterhin gemäß § 22 Absatz 3 NABEG die Auslegung auf der Internetseite der BNetzA und in den örtlichen Tageszeitungen bekanntgemacht. Anschließend wurde die Auslegung der Planfeststellungsunterlagen für die Dauer von einem Monat ab dem 13.01.2024 zum Zweck der Öffentlichkeitsbeteiligung veranlasst, in dem die BNetzA die Unterlagen auf ihrer Internetseite ([www.netzausbau.de](http://www.netzausbau.de)) veröffentlicht hat. Nach dem Ende der Auslegung konnte gemäß § 22 Absatz 4 NABEG jede Person und Vereinigung, deren Belange durch das Vorhaben berührt werden, innerhalb von einem Monat schriftlich oder elektronisch bei der BNetzA Einwendungen gegen den Plan erheben.

#### **2.1.4 Ablauf und Ergebnis der Erörterungstermine nach § 22 Absatz 6 NABEG**

Im Planfeststellungsabschnitt A1 wurde der Erörterungstermin gemäß § 22 Abs. 5 i.V.m. § 10 NABEG am 25.06.2024 durchgeführt.

### **2.2 Rechtliche Grundlagen**

Der SuedOstLink (SOL) besteht aus dem Vorhaben Nr. 5 BBPIG sowie dem südlichen Bestandteil des Vorhabens Nr. 5a BBPIG. Aufgrund der Kennzeichnung als länderübergreifende Leitung im BBPI fällt der SOL gem. § 2 Abs. 1 NABEG in den Anwendungsbereich des NABEG. Die BNetzA ist nach § 1 Nr. 1 PlfZV zuständig für das Planfeststellungsverfahren.

Werden bereits ausgelegte Unterlagen geändert und wird dadurch eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 22 UVPG notwendig, sind § 22 Abs. 1 bis 6 NABEG gem. § 22 Abs. 7 Satz 1 NABEG nach Maßgabe von § 22 Abs. 7 Satz 2 bis 4 NABEG anzuwenden.

Erfordert die Änderung des ausgelegten Plans keine erneute Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 22 UVPG, richtet sich das Verfahren nach § 73 Abs. 8 VwVfG.

Die Regelungen in § 76 VwVfG i.V.m. § 18 Abs. 5 NABEG i.V.m. § 43d EnWG sind vorliegend nicht einschlägig. Nach § 76 Abs. 1 VwVfG bedarf es eines neuen Planfeststellungsverfahrens, wenn vor Fertigstellung des Vorhabens der festgestellte Plan geändert werden soll. Dies ist vorliegend nicht der Fall; der Plan für den Abschnitt B des SOL ist noch nicht festgestellt.



### **3 Beschreibung der geänderten Planungen**

#### **3.1 Veranlassung**

Im Zuge der technischen Detailplanung sind im Abschnitt A1 Überarbeitungen aus den nachfolgend aufgelisteten Themenschwerpunkten gegenüber den eingereichten Planfeststellungsunterlagen vorgenommen worden.

- Änderung Wegekonzept – Entfall Zufahrt A1\_Z\_186 zur Kreuzung eines Gewässers II. Ordnung (Schrote; A1\_425)
- Kabelbezogene Änderungen
- Rechtserwerbsplan / Rechtserwerbsverzeichnis

##### **3.1.1 Änderung Wegekonzept**

Im Vergleich zur eingereichten Planung wurde im Zuge der Ausführungsplanung eine optimierte Lösung für die beantragte Zuwegung A1\_Z\_186 ausgearbeitet, indem über den temporären Arbeitsstreifen eine Zufahrt zum Kreuzungsobjekt gewährleistet wird. Im Ergebnis entfällt somit die ursprünglich vorgesehene Zuwegung A1\_Z\_186 aus der weiteren Planung.

##### **3.1.2 Kabelbezogene Änderungen**

Im Vergleich zur bisher beantragten Planung, werden auch kabelbezogene Änderungen vorgenommen, die insbesondere Anpassungen von Muffengruben und -standorten, Umpositionierung von Oberflurschränken und eine Zuwegungen zu einem Abtrommelplatz betreffen.

Während Muffenstandorte auf Grund neuer Erkenntnisse durch die fortgeschrittene Planung räumlich verschoben wurden, beruhen die Änderungen von Standorten von Oberflurschränken auf einer erhöhten Akzeptanz der Flächeneigentümer infolge einer im Vergleich zur beantragten Planung geringeren dauerhaften Flächeninanspruchnahme. Zum Zeitpunkt der Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 NABEG konnte noch nicht davon ausgegangen werden, dass die technische Möglichkeit der Zusammenstellung der Oberflurschränke gegeben ist.

Darüber hinaus beruht die Änderung, welche sich auf eine Zuwegung zu einem Abtrommelplatz bezieht, entweder auf der Sicherstellung der Befahrbarkeit des Abtrommelplatzes oder auf Einwendungen, die die Baubarkeit der Zuwegungen gefährden.

##### **3.1.3 Rechtserwerbsplan / Rechtserwerbsverzeichnis**

Aufgrund kabelbezogener Änderungen durch die Zusammenführung von Oberflurschränken an ausgewählten Muffenstandorten haben sich die Betroffenheiten in dem jeweiligen Flurstück hinsichtlich der Verortung des OFS innerhalb der Flurstücksflächen selbst geändert bzw. verschoben.

#### **3.2 Kennzeichnung**

Im Rahmen der Deckblattänderung werden einige Unterlagen angepasst. Die Verortung der Anpassung kann Teil A1.4 entnommen werden. In den Unterlagen sind die Änderungen Blau markiert.

#### **3.3 Planungsänderungen**

Die durch die Änderungen betroffenen Planfeststellungsunterlagen sind in Teil A1.4 aufgelistet und werden in den folgenden Unterkapiteln näher erläutert.

##### **3.3.1 Änderung Wegekonzept**

Gemäß bisher beantragter Planung war eine separate Zufahrt (A1\_Z\_186) zu einer Kreuzung in geschlossener Bauweise durch eine zusätzliche, neue temporäre Flächeninanspruchnahme auf einer Länge von ca. 1,4 km geplant. Im Zuge der Ausführungsplanung ist diese beantragte, temporäre Flächeninanspruchnahme nicht notwendig, da eine Zuwegung über den Regelarbeitsstreifen gewährleistet werden kann (siehe Teil C3.3.3 Wegekonzept, Lageplan 01 und 02)

### 3.3.2 Kabelbezogene Änderungen

Im Vergleich zur bisher beantragten Planung werden auch kabelbezogene Änderungen vorgenommen. Die Änderungen des Themenschwerpunktes lassen sich in die folgenden Themen gruppieren:

- Umpositionierung von Oberflurschränken
- Anpassungen von Muffengruben und -standorten
- Neuplanung und Umverlegung von Zuwegungen zu Abtrommelplätzen
- Ergänzung von Arbeitsstreifen für Oberflurkabelzug

#### Umpositionierung von Oberflurschränken

Die Umpositionierung von Oberflurschränken beruht auf der Anpassung der Platzbedarfe, was zu einer erhöhten Akzeptanz der Flächeneigentümer infolge einer im Vergleich zur beantragten Planung geringeren dauerhaften Flächeninanspruchnahme führt.

Von der Änderung betroffen sind die Oberflurschränke der folgenden Muffengruben:

- E030 (siehe Teil C2.3.2.03 und C2.3.2.04 – Lagepläne)
- E050 (siehe Teil C2.3.2.05 und C2.3.2.06 – Lagepläne)
- E080 (siehe Teil C2.3.2.08 und C2.3.2.09 – Lagepläne)
- Ef110 (siehe Teil C2.3.2.11 und C2.3.2.12 – Lagepläne)
- E150 (siehe Teil C2.3.2.15 und C2.3.2.16 – Lagepläne)
- E180 (siehe Teil C2.3.2.18 und C2.3.2.19 – Lagepläne)
- E210 (siehe Teil C2.3.2.21 und C2.3.2.22 – Lagepläne)
- E240 (siehe Teil C2.3.2.24 und C2.3.2.25 – Lagepläne)
- E280 (siehe Teil C2.3.2.28 und C2.3.2.29 – Lagepläne)
- E310 (siehe Teil C2.3.2.31 und C2.3.2.32 – Lagepläne)
- Ef340 (siehe Teil C2.3.2.34 und C2.3.2.35 – Lagepläne)
- E370 (siehe Teil C2.3.2.38 und C2.3.2.39 – Lagepläne)
- E410 (siehe Teil C2.3.2.42 und C2.3.2.43 – Lagepläne)

#### Anpassung der Größen und Standorte von Muffengruben

Im Prozess der Detailplanung der vorab 13 gelisteten Muffen sind die dauerhaften Flächeninanspruchnahmen (Schutzstreifen) optimiert und in den Lageplänen entsprechend angepasst worden.

In Ergänzung zu dieser Optimierung wurde die Muffe ME-210 aufgrund der Optimierung des Kabelzugs in nordwestliche Richtung verschoben (siehe Teil C2.3.2.21 und C2.3.2.22 – Lagepläne).

Die Muffe ME-030 (Splitmuffe) wurde aufgrund der zu dichten Nähe der Omegaschleifen an den bestehenden Weg in südwestliche Richtung verschoben (siehe Teil C2.3.2.03 und C2.3.2.04 – Lagepläne).

#### Neuplanung und Umverlegung einer Zuwegungen zum Abtrommelplatz AP\_040

Im Vergleich mit dem bisher beantragten Planungsstand wurde die Zuwegung zum Abtrommelplatz AP\_040 umgeplant bzw. neuorganisiert.

Die Zuwegung zum folgenden Abtrommelplatz wurde angepasst:

- AP\_040 (siehe Teil C2.3.3.04 und C2.3.3.05 – Wegekonzept Lageplan)

In Abstimmung mit dem Kabelhersteller wurden die für diesen Abspulplatz vorgesehenen Zufahrten neuorganisiert. Die daraus resultierende Minimierung der Flächeninanspruchnahmen hat im Ergebnis zum Entfall folgender Zufahrten geführt:

- A1\_Z\_033
- A1\_Z\_035
- A1\_Z\_036
- A1\_Z\_097
- A1\_Z\_506
- A1\_W\_319

Ergänzend zum bisherig geplanten Planungsstand erfolgt ein Wegeausbau (A1\_W\_900) östlich von der K1163 abzweigend (temporäre Flächeninanspruchnahme, 15 m breit) sowie eine neue Baustraße (A1\_Z\_900) zur HDD Baustelleneinrichtungsfläche zur Querung der Kreuzung A1\_627.

### **3.3.3 Freileitung**

#### **3.3.3.1 Trassenverschiebung im Bereich der Ohre**

Aufgrund der im Rahmen der Beteiligung übermittelten Informationen zu Kranstellplätzen und Amphibiendurchlässe (vertikale Höhenbeschränkungen) an der neu zu errichtenden BAB 14 wurde die Freileitungstrasse des Provisoriums 535/536 Nord im Mastbereich 106 bis 111 angepasst. Von Mast 106 verläuft die Trasse in Richtung Norden. Sie ist gegenüber der ursprünglichen Planung leicht nach Westen versetzt. Anstatt wie bisher zwischen den Masten 108 und 109 nach Osten abzuknicken und die BAB 14 zu queren, verläuft sie nun noch ein Spannfeld weiter nach Norden zum neu platzierten Mast 109, nördlich der neu zu bauenden K1160. Am Mast 109 knickt der Leitungsverlauf nun nach Osten ab und quert die BAB 14 bei Bau-km 206+785. Der Mast 110 wird gegenüber der ursprünglichen Planung leicht nach Norden versetzt, dadurch verkürzt sich das Spannfeld zum Mast 111 um ca. 47 m. Die Zuwegungen und Wasserhaltungsmaßnahmen werden entsprechend angepasst.

Aufgrund der Trassenanpassung wurden folgende Unterlagen angepasst bzw. neu erstellt: Teil E5.3 „Fachgutachten zu elektromagnetischen Feldern (EMF) - Freileitung-Provisorium 535/536 Nord“, Teil E6.3 „Fachgutachten Baulärm Freileitung Provisorium 535/ 536 Nord“, Teil E6.7.1 „Ergänzungsgutachten zum Fachgutachten Betriebslärm Freileitung“ und Teil E7.3 „Erschütterungsgutachten Freileitung - Provisorium 535/536 Nord“.

#### **3.3.3.2 Anpassung des Provisoriums nördlich des Mittellandkanals**

Zum Planungs- und Einreichungszeitpunkt waren die für die Errichtung der BAB 14 notwendigen Kranstellplätze nicht bekannt. Diese wurden durch die DEGES im Rahmen der Beteiligung mitgeteilt. Die Kreuzung des Provisoriums 535/536 Süd verschiebt sich entsprechend der Abstimmungen mit der DEGES um ca. 33 m nach Süden.

#### **3.3.3.3 Änderung Bezeichnung Leiterseile**

In den Trassenplänen für die Mitnahmebereiche der 380-kV-Leitung 437/438 auf dem Hybridgestänge wird die genaue Leiterseilbezeichnung entfernt und durch die Angabe AL/ST ersetzt.

### **3.3.4 Umweltauswirkungen der Änderungen**

Die mit den geplanten Änderungen verbundenen Auswirkungen führen zu vorhabenbedingten (erheblichen) Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft. Diese werden im Landschaftspflegerischen Begleitplan (Teil I) beschrieben und bewertet.

Im Teilabschnitt Erdkabel ist die Änderung der Zuwegungsplanung mit zusätzlichen Flächenbeanspruchungen von Ackerflächen sowie Stauden- und Ruderalfluren verbunden. Gleichzeitig reduziert sich die Flächenbeanspruchung durch den Entfall von Zuwegungen. Die

Anpassungen der Oberflurschränke führen zu einer kleinräumigen Verschiebung anlagebedingter Beeinträchtigungen. Durch die Umpositionierung und die teilweise Zusammenlegung der Oberflurschränke reduziert sich insgesamt die dauerhafte Versiegelung.

Im Teilabschnitt Freileitung führt die Trassenverschiebung im Bereich der Ohre sowie die Anpassung des anschließenden Provisoriums zu einer kleinräumigen Verlagerung der Beeinträchtigungen. Dabei entstehen zusätzliche baubedingte Flächenbeanspruchungen von Grünland und Gehölzstrukturen. Durch die Trassenverschiebung reduziert sich geringfügig die dauerhafte Versiegelung durch die Maststandorte.

Für Gutachten aus anderen rechtlichen Bestimmungen - Natura 2000-Verträglichkeitsuntersuchung (Teil G) sowie Fachbeitrag Wasserrahmenrichtlinie (Teil J) - führen die mit dem Deckblatt I beabsichtigten Planungsänderungen nicht zu einer Änderung deren Ergebnisse.

### 3.3.5 LBP Maßnahmenblätter

Im Rahmen von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen innerhalb des Landschaftspflegerischen Begleitplans erfolgte eine Anpassung der Flächengrößen der Wiederherstellungsmaßnahmen unter Berücksichtigung der geringfügig geänderten Eingriffsdimensionen des Erdkabels und der Freileitung. Zudem wurden die Vermeidungsmaßnahmen auf dem geänderten Baufeld angepasst.

Im Zuge der durch das Deckblatt I umgesetzten Eingriffsvermeidung im Teilabschnitt Freileitung konnten die Maßnahmen A<sub>CEF</sub> 5 (Neuntöter) und A<sub>CEF</sub> 6 (Neuntöter, Sperbergrasmücke, Knoblauchkröte und Zauneidechse) entfallen. Die Habitate der vorgenannten Arten werden dabei durch Bautabubereiche geschützt (V<sub>AR</sub> 5).

Die Umsetzung der A<sub>CEF</sub>5 (Bluthänfling) im Teilabschnitt Erdkabel bleibt hingegen erhalten.

Darüber hinaus erfolgte ein Abgleich zwischen den LBP-Maßnahmenblättern und den Maßnahmenplänen des LBP zu den Schutzgütern Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt. Dabei wurden redaktionelle Änderungen wie fehlende/falsche km-Angaben, Flurstücksnummern oder Flächensicherungen sowie Streichungen von Dopplungen vorgenommen. Zudem erfolgte die Anpassung des Maßnahmenkonzeptes des Feldhamsters (V<sub>AR</sub> 9 und A<sub>CEF</sub> 1) und eine Flächenverschiebung der temporären Maßnahme für Braunkehlchen und Rebhuhn (A<sub>CEF</sub> 8).

## Abkürzungsverzeichnis

50Hz	50hertz Transmission GmbH
µT	Microtesla
Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
AC	Bezeichnung für Wechselstrom (engl. alternating current)
AFB	Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
AT	Arbeitstage
B0	Abschnitt B
B	Bundesstraße
BAB	Bundesautobahn
BBPI	Bundesbedarfsplan
BFP	Bundesfachplanung
BNetzA	Bundesnetzagentur
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
CEF	Continous Ecological Functionality, vorgezogene Ausgleichsmaßnahme i.S.v. § 44 Abs. 5 BNatSchG
dB	Dezibel (Verhältniszahl)
dB(A)	Schalldruckpegel, Messgröße zur Bestimmung der Stärke von Geräuschpegeln
DC	Gleichstrom (engl. direct current)
DIN	Deutsche Industrie-Norm
DIN	EN Standard für Vereinheitlichung (Deutsches Institut für Normung)
DTK	Digitale Topografische Karte
DVGW	Deutsche Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e. V.
DWA	Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V.
DWA-A	DWA-Arbeitsblatt
DWA-M	DWA-Merkblatt
EE	Erneuerbare Energien
EG	Europäische Gemeinschaft
EK	Erdkabel
EN	Europäische Norm
EU	Europäische Union
FFH	Flora-Fauna-Habitat
FL	Freileitung
fTK	festgelegter Trassenkorridor
Gw	Grundwasser
GW	Gigawatt (1.000.000.000 W), Einheit der elektrischen Leistung
GWK	Grundwasserkörper
GZ	Grünlandzahl
ha	Hektar
HDD	Horizontalspülbohrverfahren (engl. horizontal directional drilling)
HGÜ	Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung
HV	High Voltage (dt. Hochspannung) vergleiche HVAC / HVDC
HVAC	High Voltage Alternating Current (Hochspannungswechselstrom)
HVDC	High Voltage Direct Current (Hochspannungsgleichstrom)
Hz	Hertz, Einheit für die Frequenz
i.S.v.	im Sinne von
KAS	Kabelabschnittsstation
kf-Wert	Durchlässigkeitsbeiwert
km	Kilometer
KMS	Kabelmonitoringstation
KSR	Kabelschutzrohr
KÜS	Kabelübergangsstation
kV	Kilovolt (1.000 V)
LBP	Landschaftspflegerischer Begleitplan

LED	Leuchtdiode (engl. Light-emitting diode)
LfA	Landesamt für Archäologie Sachsen
m	Meter
MLM	Mindestlichtmaß
mm	Millimeter
mT	Millitesla (Einheit der magnetischen Flussdichte)
MW	Megawatt
Natura2000	Natura 2000 ist der Name für ein europaweites Netz von nach EU-Recht geschützten besonderen Schutzgebieten. Natura 2000 umfasst die Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung nach der FFH-Richtlinie sowie die Schutzgebiete nach der EUVogelschutzrichtlinie. Kohärentes Netz besonderer Schutzgebiete innerhalb der EU (FFH- und SPA-Gebiete).
NEP	Netzentwicklungsplan
NHN	Normal-Höhen-Null
OWK	Oberflächenwasserkörper
PCI	Projects of Common Interest - Vorhaben von gemeinsamem Interesse
PF	Planfeststellung
PFA	Planfeststellungsabschnitt
PFV	Planfeststellungsverfahren
Ril	Richtlinie
RL	Rote Liste
SOL	SuedOstLink
t	Tonnen
TLDA	Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie
TWh	Terawattstunde
UR	Untersuchungsraum
ÜNB	Übertragungsnetzbetreiber
V	Volt
VHT	Vorhabenträger
VO	Verordnung
VT	Vorzugstrasse
WSG	Wasserschutzgebiet
Ziff.	Ziffer